Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1951

93 (21.4.1951)

Visual Library

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.40, im Verlag abgeholt 2.10 DM

Badischer Landsmann gegründet 1896 — **Süddeutsche Heimatzeitung** für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang — Samstag, den 21. April 1951 — Nr. 93

Hochkommission soll Botschafterrat werden

Auch die Ruhrbehörde wird aufgelöst - Adenauer erläutert den Schumanplan

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärte vor der Presse in Bonn, ein Nebeneinanderbestehen der zukünftigen Hohen Behörde der Europäischen Montanunion und der Ruhrbehörde für unmöglich.

Adenauer verlas einen Brief des französischen Außenministers Schuman an ihn, wonach sich die französische Regierung für die Außerkraftsetzung des alliierten Abkommens über die Errichtung der Ruhrbehörde einsetzen werde, sobald die Montanunion verwirklicht sei.

Die Äußerung des Oppositionsführers Dr. Schumacher, der Schumanplan verewige das Besatzungsrecht Frankreichs in Deutschland, wies der Bundeskanzler „schärfstens" zurück. Der Schumanplan gründe sich bei allen Beteiligten und insbesondere bei Frankreich auf den unbedingten Willen zur europäischen Einigung auf der Basis der Gleichberechtigung.

Die Lösung der Saarfrage innerhalb des Schumanplans bezeichnete der Bundeskanzler als „glücklich". In den zu diesem Thema zwischen Frankreich und Deutschland ausgetauschten Schreiben habe die französische Regierung eindeutig festgelegt, daß sie zwar auf Grund der Gegebenheiten „für das Saargebiet handele", aber in der Unterzeichnung des Vertrages keine Anerkennung des augenblicklichen Zustandes erblicke.

Nach einer gewissen Anlaufzeit werde der Schumanplan eine Verbesserung der Produktion und eine Steigerung des Verbrauchs zum Wohl der Volkswirtschaft aller beteiligten Länder zur Folge haben. Auch würde amerikanischer Kredit leichter zu erhalten sein, als wenn der Vertrag nicht unterzeichnet worden wäre. Alles in allem bedeute die geschaffene Gemeinschaft eine Kräftigung und Stärkung der europäischen Wirtschaft.

Als einen großen außenpolitischen Erfolg bezeichnete Adenauer den Beschluß der Schumanplanländer, die Zusammenarbeit durch häufige „Konsultationen und Fühlungnahmen" zu fördern.

Auf die Frage, ob in Paris auch die Möglichkeit einer Umwandlung der Hochkommission in einen Botschafterrat besprochen worden sei, antwortete der Bundeskanzler, „eine solche Änderung liegt im Zuge der Entwicklung, und sie ist auf dem Marsch, ohne daß wir noch viel dazu sagen müssen".

Hinsichtlich der noch in Frankreich befindlichen deutschen Kriegsgefangenen erwartet Dr. Adenauer auf Grund seiner Pariser „Fühlungnahmen" eine baldige erfreuliche Erledigung der Angelegenheit.

Hallstein zur SPD-Kritik

Staatssekretär Hallstein wies den Vorwurf, die Bundesregierung habe in der Saarfrage ihre Schuldigkeit nicht getan, scharf zurück. Die deutsche und die französische Regierung hätten übereinstimmend bekundet, daß die endgültige Regelung des Saarproblems dem Friedensvertrag überlassen bleibe. Der Schumanplan selbst sei das hervorragendste Mittel, dem Saarproblem die Eigenschaft eines „Zankapfels" zu nehmen.

Zu dem Argument, Deutschland sei in der Montanunion nicht seiner Leistungsstärke nach vertreten, sagte Hallstein, die Bundesrepublik habe in den Organen die gleiche Stellung wie Frankreich. Wer mehr fordere, verlange die Anerkennung einer Vorherrschaft.

Schumachers Programm

Dr. Schumacher stellte in einer in Bonn veröffentlichten Erklärung fest, daß die SPD „Europa will"; der Weg zu einer Organisation der Europäischen Montanunion sei aber nur möglich auf der Basis einer allgemeinen und tatsächlichen Gleichheit. Die SPD erstrebe eine Zusammenfassung des ganzen demokratischen Europa, einschließlich Skandinaviens und Großbritanniens, unter Ablehnung des Kleinsteuropas des klerikalen, konservativen und kartellistischen Kapitalismus. Die europäische Planung müsse auf Grund der Ordnung und Planung in den einzelnen Nationalwirtschaften unter Zurückweisung aller Versuche, die deutschen Grundstoffindustrien dem Egoismus einzelner Kapitalgruppen und einzelner Länder zu überantworten, erfolgen. Dazu sei erforderlich ein internationales demokritisches Parlament als Quelle und Gestalter aller Wirtschaftspolitik, das eine von ihm allein kontrollierte Exekutiv- und Lenkungsbehörde wählt.

Schäffer lehnt Uebergewinnsteuer ab

Finanz-Haushaltplan genehmigt - Wahlprüfungsausschuß eingesetzt

Bonn (UP). Einen Wechsel auf dem Posten des Bundesfinanzministers forderte der Vertreter des Zentrums, Helmuth Bertram, in der zweiten Lesung des neuen Haushalts des Finanzministeriums im Bundestag.

Bertram bezeichnete die Finanzpolitik Dr. Schäffers als „verderblich", wobei er sich mit scharfen Worten gegen die „geplanten neuen Massensteuern", insbesondere die angekündigte Sonderumsatzsteuer, wandte. Namens der Sozialdemokraten kritisierte Dr. Koch die „sozial ungerechte" Steuerpolitik des Finanzministers.

Der Bundesfinanzminister wies zur Rechtfertigung seiner bisherigen Politik besonders auf die gegenwärtige Weltlage hin. Diese fordere von allen demokratischen Ländern der westlichen Welt Opfer. Die von der SPD vorgetragene Forderung, die Sonderumsatzsteuer durch eine Übergewinnsteuer zu ersetzen, lehnte Schäffer mit der Begründung ab, daß eine solche Steuer nicht mit dem deutschen Steuersystem in Einklang zu bringen sei.

Sprecher der Regierungskoalition verteidigten Minister Schäffer gegen die Vorwürfe der Opposition und erklärten, daß die Sozialpolitik keineswegs vernachlässigt worden sei. Der Haushaltsplan des Finanzministeriums wurde dann in zweiter Lesung angenommen.

Das Parlament wählte weiter die Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses, der die Beschlüsse des Bundestages über Einsprüche und Beschwerden gegen Bundestagswahlen vorbereiten soll. Der Ausschuß setzt sich zusammen aus zwei Mitgliedern der CDU-CSU, drei der SPD und je einem der FDP und der Deutschen Partei. Die Bayernpartei, die KPD, die WAV und das Zentrum sind mit je einem beratenden Mitglied vertreten.

„Blitzgesetz" gegen SED?

Ein Gesetz gegen die Umtriebe der „Sozialistischen Einheitspartei" der Sowjetzone in der Bundesrepublik forderte der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag, Herbert Wehner, vor der Presse in Bonn. Die Bundesregierung solle so schnell wie möglich die von der SED inszenierte Kampagne für eine Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und die sogenannten „Friedensbefragungen" für ungesetzlich erklären. Die Regierung und die Koalitionsparteien müßten endlich ihre Teilnahmslosigkeit in dieser Frage aufgeben. Ein Gesetz gegen die Umtriebe der SED müsse vom Bundestag als „Blitzgesetz" verabschiedet werden.

Bundesminister Jakob Kaiser warnte vor der Teilnahme an der geplanten Tagung des sogenannten gesamtdeutschen Arbeitskreises für die Land- und Forstwirtschaft, die am 22. April in der Gegend von Kassel stattfinden soll. Der gesamte Arbeitskreis sei eine getarnte kommunistische Organisation.

Deutscher Küstenschutz

Deutsche Sachverständige haben den alliierten Militärexperten in der gemischten deutsch-alliierten Militärkommission eine Reihe von Anregungen zur Bildung deutscher Küstenwacheinheiten vorgetragen, wobei es sich um Schnellboot-, Minensuch- und Torpedo-Boot-Einheiten im Rahmen der Atlantikpakt-Armee handeln soll. Die Besprechungen finden in der rein hypothetischen Annahme statt, daß die Bundesrepublik einem militärischen Verteidigungsbeitrag eines Tages zustimmt.

Von Unterseebooten ist, wie zuverlässig bekannt wird, nicht die Rede gewesen. Die in deutschen Sachverständigenkreisen vorgetragenen Anregungen sehen nur Schiffe von einer Größenklasse vor, die „noch auf dem Rhein fahren kann".

Bundespräsident Heuss empfing den als „Seeteufel" bekannten Schiffskapitän Graf Luckner, der über seine letzte Vortragsreise in den Vereinigten Staaten berichtete.

Rund 200 Parteien werden in Schleswig-Holstein für die bevorstehenden Kommunalwahlen kandidieren.

Die Saar im Montan-Parlament

Saarbrücken soll ratifizieren - Erklärung des französischen Außenministers

Paris (UP). Der Schumanplan kann vom Parlament des Saargebiets in ähnlicher Weise ratifiziert werden, wie von den Parlamenten der sechs Mitgliedstaaten des Plans, sagte der französische Außenminister Schuman auf einer Pressekonferenz.

Falls das Saarparlament die Ratifizierung ablehnen sollte, würden die sechs Staaten zusammentreten, um über die Rolle des halbautonomen Saargebietes innerhalb der Montan-Union zu beraten. Wenn das Saargebiet auch das Recht erhalte, das Abkommen zu ratifizieren, würde Frankreich es trotzdem in den leitenden Körperschaften der Union vertreten. Allerdings werde die Saar doch das Recht haben, verschiedene Delegierte in die achtzehnköpfige Delegation zu ernennen, die Frankreich in das Schumanplanparlament entsenden wird. Schuman betonte, daß hierdurch die endgültige Entscheidung über das Saargebiet nicht präjudiziert würde.

Die Ruhrbehörde, betonte der französische Außenminister, wurde einseitig von den drei Alliierten Deutschland aufgezwungen. Sie sollte abgeschafft werden, sowie dieser Plan, der freiwillig von sechs Staaten unterschrieben worden ist, in Kraft tritt.

Grandval tritt zurück

Der französische Hochkommissar im Saargebiet, Gilbert Grandval, hat dem französischen Außenminister sein Rücktrittsgesuch übermittelt. Aus zuverlässigen Kreisen verlautet, daß der Hochkommissar die französische Politik in Zusammenhang mit der Rolle des Saargebietes im Schumanplan ablehne. Grandval soll die Ansicht vertreten haben, daß auch die Saar ihre Unterschrift unter den Schumanplan hätte setzen sollen. Dadurch, daß dies nicht geschehen sei, würden die deutschen Ansprüche auf das Saargebiet gestärkt.

Bonner Erwiderung

Bonn (UP). Die Bundesregierung sieht in der Erklärung des französischen Außenministers über die Möglichkeit einer Ratifizierung des Montan-Vertrages durch das Saarparlament keine Änderung der zwischen Deutschland und Frankreich vereinbarten Regelung über die Behandlung der Saarfrage im Rahmen des Schumanplans.

Der zweite Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, betonte, daß sich die Befürchtungen der SPD durch die Erklärung Schumans schon bewahrheitet hätten.

Flucht aus den Kominform-Ländern

120 000 Uran-Bergarbeiter in Aue

Berlin (UP). Trotz der verschärften Kontrolle entlang der Grenzen der Kominform-Länder erreichen fast täglich Flüchtlinge aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und sogar Rumänien Westberlin. Nach Angaben der Flüchtlingsstelle des Berliner Senats sind im vergangenen Jahre 497 Flüchtlinge aus diesen Ländern in Westberlin angekommen. Im Januar 1951 waren es 100, im Februar 64 und im März haben sich 48 Flüchtlinge bei der Flüchtlingsstelle registrieren lassen.

Die führenden Männer der Sozialistischen Einheitspartei, die nunmehr fünf Jahre lang besteht, sind mit den bisherigen Ergebnissen der Überprüfung der Parteimitglieder unzufrieden. Das Zentralkomitee fordert in einer Entschließung, die ganze Partei und „insbesondere die neuen und jungen Mitglieder zum unversöhnlichen Kampf gegen alle Feinde des Marxismus-Leninismus zu erziehen.

In Thüringen sollen jetzt Sondergerichte, die nur für Angehörige der Volkspolizei zuständig sind, gebildet worden sein. Diese Sondergerichte werden nach besonderen Bestimmungen einer neu ausgearbeiteten Volkspolizeigerichtsbarkeit urteilen, die sich weitgehend an die Militärgerichtsbarkeit der früheren Wehrmacht anlehnt. Weitere Volkspolizeigerichte werden zur Zeit auch in Sachsen und Sachsen-Anhalt zusammengestellt.

Über 1100 Lehrer sind im vergangenen Jahr im Land Mecklenburg aus dem Schuldienst ausgeschieden, erfährt man aus einem Bericht des mecklenburgischen Volksbildungsministeriums.

In den Urangruben um Aue arbeiten gegenwärtig 120 000 Mann unter sowjetischer Bewachung, behauptete ein nach Berlin geflüchteter Italiener, der in den Gruben mehrere Monate als Zimmermann beschäftigt war.

Die alliierte Kommandantur Westberlins teilte dem Westberliner Senat mit, daß die Besatzungskosten für Berlin im Jahre 1951 170 242 380 DM betragen würden. Gegenüber dem vorjährigen Gesamtbetrag von 190 437 000 DM sind die Besatzungskosten für 1951 um etwa 10 Prozent gesenkt worden.

Italien soll mehr aufrüsten

USA kritisieren Langsamkeit

Rom (UP). Der Vorsitzende der Außenministerstellvertreter der Atlantikpaktstaaten, Spofford (USA), kritisierte nach Mitteilung von unterrichteter italienischer Seite die Langsamkeit der italienischen Wiederaufrüstung. Die Besprechungen zwischen Spofford und Ministerpräsident de Gasperi, Außenminister Graf Sforza und Verteidigungsminister Pacciardi sind „herzlich und freundlich" verlaufen; Spofford bestand jedoch darauf, daß Italien größere Anstrengungen unternehmen müsse.

Präsident Bonomi gestorben

In den frühen Morgenstunden des Freitag starb der Präsident des italienischen Senats, Ivanoe Bonomi, im Alter von 77 Jahren. Der Tod des Präsidenten hat die Bemühungen um die italienische Wiederaufrüstung erneut verzögert, ebenso die Einbringung verschiedener Gesetzentwürfe. Beide Häuser des italienischen Parlaments haben sich wegen Bonomis Tod bis nächste Woche vertagt.

Gefecht am Tiberias-See

Syrien meldet israelischen Überfall

Damaskus (UP). Ein syrischer militärischer Sprecher teilte mit, daß etwa 100 israelische Soldaten mit Unterstützung von Booten auf dem See Tiberias das arabische Dorf Nakeeb in der entmilitarisierten Zone angegriffen haben. Der Sprecher sagte, die Juden hätten das Dorf mit Granatwerfer- und Maschinengewehrfeuer beschossen, um es später zu besetzen. Die Einwohner des Dorfes und die örtliche Polizei hätten diesen Versuch vereitelt. Der Angriff habe 90 Minuten gedauert.

Ein Gesetz und seine Moral

Von Gustav Roeder

Mit vielen schönen Reden wurde das Bundesversorgungsgesetz, das den Körperbeschädigten zweier Weltkriege soziale Verbesserungen bringen soll, vom Bundestag verabschiedet. Nun aber, nachdem das Gesetz schon über ein halbes Jahr in Kraft ist, scheint es in den Netzen der ausführenden Organe hängenzubleiben, ja, sein Sinn wurde in manchen Ländern sogar in das Gegenteil verkehrt. Dies hat unter den Betroffenen, die sich fast alle zu früh auf den Genuß höherer Renten gefreut hatten, große Unzufriedenheit hervorgerufen.

Das Bundesversorgungsgesetz hat den meisten Kriegsopfern eine Verbesserung ihrer Bezüge beschert. In einigen Ländern jedoch — vor allem in Südbaden und in den übrigen Ländern der französischen Besatzungszone — galt vor seinem Inkrafttreten ein Versorgungsrecht, das den Kriegsopfern höhere Sätze zuerkannte, als sie heute gewährt werden. Die verbesserten Bezüge müssen nun rückwirkend ab 1. 10. 1950 ausgezahlt werden; in jenen Fällen aber, in denen eine Rentenherabsetzung oder gar -entziehung erfolgt, tritt die Kürzung der Bezüge erst mit der Zustellung des neuen Rentenbescheids in Kraft. Damit sollen unbillige Härten vermieden werden.

Nun wurden manche Versorgungsämter von ihren Länderregierungen angewiesen, diese Bestimmung einseitig zu Gunsten der Staatskasse auszulegen. So ließ man z. B. in Nordrhein-Westfalen übers Wochenende in Akkordarbeit nach Stücklohn Entziehungsbescheide ausfertigen. In einem anderen Bundesstaat war man in vier Jahren nicht imstande, die restlichen 200 000 Erstbescheide für Empfänger von Kriegsbeschädigtenrenten auszufertigen — angeblich, weil man keine Zeit dazu fand. Jetzt plötzlich erwachte der Arbeitseifer, und das betreffende Versorgungsamt entzog rasch einer 86 Jahre alten Mutter, die im Kriege alle vier Söhne verloren hatte, ihre Rente.

Man fragt sich bei einer derartigen Auslegung des Gesetzestextes, ob die Legislative wohl ebenso wie die Exekutive mit ihrer „großen sozialen Tat" nur Handhaben zur Rentenquetschung geben wollte. Zweifellos ist dies nicht der Fall; das bewies der ehrliche Wille aller Fraktionen bei der seinerzeitigen Beratung im Bundestag. Das Bonner Parlament stimmte geschlossen (mit Ausnahme der KPD) einem Bundesversorgungsgesetz zu, das die Staatsfinanzen auf das schwerste belastet, jedoch die soziale Not der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen zweier Kriege auch tatsächlich lindert.

Es soll nicht übersehen werden, daß den Finanzministern des Bundes und der Länder die Durchführung dieses Gesetzes erhebliches Kopfzerbrechen bereitet. Mit mehr als 3 Milliarden DM — das sind etwa 25 Prozent des Gesamthaushaltes der Bundesrepublik — stellen die Aufwendungen für die Kriegsopfer nach den Besatzungskosten den größten Etatposten überhaupt dar. Die dadurch entstehende finanzielle Klemme sollte aber trotzdem nicht zu einer Verkehrung der Gesetzesmoral in ihr Gegenteil führen.

Die Belastung der Versorgungsämter mit den Umstellungsarbeiten ist ungeheuer. Selbst bei einer optimistischen Beurteilung der Lage muß man damit rechnen, daß mindestens zwei Jahre ins Land gehen werden, bis auch die letzte Kriegsbeschädigten-Rente nach dem neuen Gesetz ausgezahlt wird. Die Versorgungsberechtigten so lange warten zu lassen, brächte dem Staat keine Erleichterung, denn er muß ja ohnehin ab 1. 10. 1950 zahlen, den Betroffenen aber bittere Enttäuschung. Zieht man die soziale Not und die hohen Lebenshaltungskosten in Betracht, dann kann man den Forderungen der Kriegsopfer nach Abschlagszahlungen, wie sie von der Bundesregierung für die Sozialrenten bereits vorgesehen sind, ihre Berechtigung nicht absprechen.

Während der Haushaltsdebatten in Bonn wurde dem Bundesarbeitsministerium die schleppende Verwirklichung des Bundesversorgungsgesetzes vorgeworfen. Die Antwort des Bundesarbeitsministers Storch, der die Schuld daran den Ländern zuschob, drückte ungewollt, aber desto deutlicher aus, daß eine zentrale Versorgungsbehörde dringend notwendig ist. Daß das Bundesarbeitsministerium die Versorgungsangelegenheiten in einem Nebenressort erledigt, kann auf die Dauer keine befriedigende Lösung sein, wenn man bedenkt, wie groß die Aufgaben einer solchen Behörde sind. Mit der Schaffung einer zentralen Bundesversorgungsbehörde könnten nicht nur die Kompetenzstreitigkeiten, sondern auch die Bremsen, mit denen manche Länder das Bundesversorgungsgesetz ausgestattet haben, zum großen Teil aus der Welt geschafft werden.

An der Regelung der Kriegsopferversorgung sind 4,5 Millionen Deutsche unmittelbar, mit

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

deren Angehörigen rund 10 Prozent der Bevölkerung interessiert. Diese Ziffern sind eine eindrucksvolle Mahnung, daß eine schnelle und gerechte Handlungsweise vonnöten ist, um eines der brennendsten sozialen Probleme unserer Zeit zu lösen.

Sowjetunion lehnt wieder ab

Weitere Komplikationen in Paris — „Unbefriedigende" Gegenvorschläge

Paris (UP). Die Sowjetunion hat am Freitag den letzten Kompromißvorschlag der Westmächte für die Tagesordnung einer neuen Außenministerkonferenz der vier Großmächte abgelehnt.

Gromyko behauptete, daß dieser Vorschlag den sowjetischen Forderungen nach einer Diskussion über die Abrüstung der Großmächte, über den Nordatlantikpakt und über die amerikanischen Stützpunkte in Europa und im Nahen Osten nicht Rechnung trage. Zur gleichen Zeit erhob Gromyko erneut die Forderung auf Aufnahme der Triestfrage in die Tagesordnung.

Im Anschluß daran unterbreitete er einen revidierten Tagesordnungspunkt über die Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Bulgarien und Rumänien sowie die Viermächteabkommen über Österreich und Deutschland, in dem lediglich auf die Diskussion der Militär- und Menschenrechtsklauseln der Friedensverträge und der Entnazifizierung und Demokratisierung Österreichs und Deutschlands verzichtet wird.

Die Delegierten der drei Westmächte haben sich eine endgültige Stellungnahme vorbehalten. Der britische Delegierte Davies bezeichnete die Neuformulierung Gromykos jedoch als „unbefriedigend".

Queuille drängt das Parlament

Ministerpräsident Queuille gab vor der französischen Nationalversammlung bekannt, er werde weitere drei Mal um ein Vertrauensvotum bitten, um damit den Weg zur bevorzugten Diskussion über die Anti-Inflationsmaßnahmen der Regierung freizumachen. Die Nationalversammlung kam überein, über alle Vertrauensfragen am kommenden Mittwoch abzustimmen. Um am 10. Juni allgemeine Wahlen durchführen zu können, müßte die Nationalversammlung spätestens zum 12. Mai aufgelöst werden. Bis dahin muß sie aber über die schwebenden Wirtschaftsmaßnahmen, über das Wahlgesetz, das bisher nur in erster Lesung verabschiedet wurde, und über das neue Budget entschieden haben.

Wieder Morddrohungen in Teheran

Iran will keine Intervention dulden

Teheran (UP). Ein Führer der fanatischen Sekte „Fidaiyan Islam" (Verehrer des Islam) bedrohte den iranischen Ministerpräsidenten Hussein Ala und „seine verräterische Regierung" mit dem Tod, falls die Regierung ihre Politik nicht ändert.

Die Polizei hatte eine Demonstration der „Fidaiyan Islam", die in einer Moschee stattfinden sollte, verhindert. Einer ihrer Führer sagte darauf zu der vor der Moschee wartenden Menge: „Der Verräter Ala und seine verräterische Regierung schreiten auf dem gleichen Pfad wie ihre Vorgänger. Falls sie ihre augenblickliche Politik fortsetzen, werden sie dorthin geschickt, wo die anderen hingegangen sind"

Rund 5000 Kommunisten, die außerhalb von Teheran demonstrierten, forderten die „britischen Piraten" zum Verlassen des Iran auf und verlangte gleichzeitig von Großbritannien den Ersatz der bei den Unruhen in Abadan aufgetretenen Schäden an Leben und Eigentum.

Der iranische Botschafter in Washington teilte dem amerikanischen Außenministerium mit, daß seine Regierung eine Einmischung in ihre innenpolitischen Angelegenheiten unter dem Vorwand, daß das Leben einiger Menschen in Gefahr sei, niemals dulden werde. Die iranische Regierung werde für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande Sorge tragen, die bereits wieder hergestellt worden sei.

Die anglo-amerikanischen Verhandlungen über die iranischen Erdölfelder sind in „befriedigender Weise" zu Ende gebracht worden, wurde offiziell bekannt gegeben. In einer Erklärung des US-Außenministeriums hieß es, die Ölverhandlungen hätten sich nur in „allgemeinen Bahnen" bewegt, doch seien auch Gespräche über die Politik im Mittleren Osten geführt worden.

Am Rande bemerkt

Ein Gnadengesuch

1400 Bürger der Gemeinde Reichenbach im Odenwald, haben für ihren ehemaligen Mitbürger, den Schreinermeister Adam Essinger, ein Gnadengesuch unterzeichnet, das an den französischen Staatspräsidenten gerichtet werden soll.

Essinger ist einer der sieben deutschen Kriegsgefangenen, die am 2. März 1950 von einem Militärgericht in Lyon auf Grund der „Lex oradur" in einem Gruppenprozeß zum Tode verurteilt wurde. Ein Militärgericht in Marseille bestätigte dieses Urteil am 24. Januar dieses Jahres. Einzelverfahren waren wieder fallen gelassen worden, da für die Anschuldigungen — Raub, Mord, Plünderung und Brandstiftung — keine ausreichenden Beweise erbracht werden konnten. Die Verurteilten legten gegen das 2. Todesurteil beim Kassationshof in Paris Berufung ein.

Sofort nach der Verkündung des Todesurteils durften Essingers Frau und seine Tochter ihm keine Päckchen mehr schicken. Essinger selber hält, wie er noch in seinem letzten Brief zu Ostern nach Hause schrieb, nur der Gedanke aufrecht, daß „die Gerechtigkeit doch noch den Sieg davontragen wird". Er beteuert weiter seine Unschuld und spricht davon, daß ihm niemand sagen könne, wen er gemordet, wo er geplündert und was er in Brand gesteckt habe.

Hoffen wir, daß Adenauers Gespräche mit Schuman den unschuldig in französischen Gefängnissen sitzenden Deutschen das Tor in die Freiheit geöffnet haben.

Ernste Krise der britischen Regierung

Pressefehde zwischen Bevan und Gaitskell – Shinwell besucht Westdeutschland

London (UP). Die Unstimmigkeiten zwischen Arbeitsminister Bevan und Schatzkanzler Gaitskell haben eine Wendung genommen, die eine Krisis in der Labourparty heraufzubeschwören droht, die dem Bestand der britischen Regierung gefährlich werden könnte.

In dem Organ des von Bevan geführten linken Flügels der Partei, der Zeitschrift „Tribune", ist Gaitskell indirekt beschuldigt worden, sich in seinem neuen Budget den Konservativen und Finanzkreisen „verkauft" zu haben. In dem Leitartikel wird Gaitskell mit den Labour-„Verrätern" der Jahre 1929—31 verglichen.

Die Fehde zwischen Gaitskell und Bevan hängt in der Hauptsache mit Gaitskells Entscheidung zusammen, daß in Zukunft 50 Prozent der Kosten für falsche Zähne und Brillen von den Krankenkassenpatienten selbst getragen werden müssen. Bevan hatte vor einer Woche gedroht, in Zusammenhang hiermit zurückzutreten, es sich dann aber doch noch anders überlegt. Der Artikel in der „Tribune" stellt jetzt aber die Frage: „Müssen wir uns dem Diktat Gaitskells fügen?"

Ministerpräsident Attlee versuchte vom Krankenlager aus den „Familienstreit" zu schlichten. Aber Attlee hat auch Sorgen um Morrison, der wegen der Nichteinbeziehung Englands in den Pazifik-Pakt und der Ernennung eines amerikanischen Oberbefehlshabers im Atlantik heftig befehdet wird.

Aus der Umgebung des in Tokio weilenden US-Sonderbotschafters John Foster Dulles verlautet jedoch, daß eine britische Beteiligung an dem Verteidigungssystem im Pazifik vorgesehen sei. Im Pazifik soll eine gemeinsame Streitmacht nach dem Vorbild der Eisenhower-Armee — unter Einschluß japanischer Truppen aufgestellt werden.

Der britische Verteidigungsminister Shinwell wird am 27. April Westdeutschland besuchen, wo er die 11. Panzerdivision der englischen Rheinarmee inspizieren wird. Generalmajor C. B. Callender wurde zum zeitweiligen Oberkommandierenden der britischen Rheinarmee ernannt.

Die Suchaktion nach dem gesunkenen Unterseeboot „Affray" wird unbefristet weitergeführt, um das Rätsel seines Untergangs zu lösen. Die Admiralität hat aber jede Hoffnung auf eine Rettung der 75 Mann Besatzung aufgegeben.

USA bauen Luftstützpunkte in Japan

Versteifung des kommunistischen Widerstandes – 800 000 Mann Verluste der Roten

Tokio (UP). Die amerikanischen Luftstreitkräfte haben begonnen, in Japan und auf Okinawa neue Luftstützpunkte zu bauen.

Die sich seit Tagen zurückziehenden kommunistischen Streitkräfte haben sich am Freitag im Raum um Chorwon und Kumwha überraschend zum Kampf gestellt. Sie leisten den nachstoßenden Truppen der UN erbitterten Widerstand. Es hat jedoch den Anschein, daß es sich dabei nur um eine Verzögerungsaktion handelt.

Der Zugang zum Kumwha-Tal befindet sich noch immer in kommunistischer Hand, obwohl amerikanische Artillerie-Einheiten zehntausend Granaten verschossen und amerikanische Jagdbomber neunmal in den Erdkampf eingegriffen hatten. Auch amerikanischen Panzern gelang es nicht, den Zugang zum Tal freizukämpfen.

An den anderen Abschnitten der Koreafront setzten die Kommunisten auch am Freitag ihren Rückzug fort, während die alliierten Truppen nur zögernd weiter nach Norden vorrückten.

Nach einer am Freitag veröffentlichten Schätzung der amerikanischen Armee betragen die Verluste der chinesischen Kommunisten und Nordkoreaner seit Beginn des Krieges in Korea rund 800 000 Mann. 141 718 Nordkoreaner und 2931 chinesische Kommunisten wurden gefangen genommen. Die amerikanischen Verluste betragen 60 775 Mann.

Kautschuk für Rotchina

Die britischen Behörden in Singapur haben annähernd 10 000 Tonnen Naturgummi für den Export nach dem kommunistischen China freigegeben.

„Die Südchinesischen Tagesnachrichten", das offizielle Organ der kommunistischen Partei, gab bekannt, daß 1000 Stück Rindvieh in der Provinz Kwangtung an Krankheiten eingegangen seien und eine Hungersnot bevorstehe. In Kanton haben die Behörden eine Sondersitzung der Provinzverwaltung anberaumt um Maßnahmen zur Bekämpfung der Hungersnot zu beraten, gleichzeitig wurden die Truppen und Regierungsbeamten angewiesen, bis Ende Juni ihre Reisrationen um zwei Unzen täglich zu vermindern

General MacArthurs sei auf Grund „einstimmiger Empfehlungen seiner hauptsächlichen zivilen und militärischen Berater einschließlich der Oberkommandierenden der Waffengattungen" erfolgt. Der Sprecher erklärte, er sei zu dieser Aussage vom Weißen Haus direkt ermächtigt worden.

Der amerikanische Rundfunkreporter Rendell berichtete jedoch aus Tokio, er habe von höchster Stelle erfahren, daß General Mac Arthur sich im Besitz von Unterlagen befindet, aus denen hervorgeht, daß die Chefs des gemeinsamen amerikanischen Generalstabs mit seiner Ansicht über eine Ausweitung des Krieges nach China einverstanden waren.

Der Außenpolitische Ausschuß des amerikanischen Senats billigte einstimmig eine Freundschaftserklärung des amerikanischen Volkes an die Völker der Sowjetunion. Senator Brien McMahon, der Initiator der Resolution, betonte, daß diese Erklärung die „wahre Einstellung des Kongresses und des amerikanischen Volkes" wiedergebe.

Der Frontverlauf in Korea

Karte: dpa

Ganz New York feiert MacArthur

Widersprüche um den US-Generalstab

New York (UP). In einem Triumphzug, wie ihn die Stadt der Wolkenkratzer seit Jahren nicht mehr erlebt hat, fuhr General MacArthur am Freitag durch New York. Fünf Millionen Einwohner säumten die Straßen und jubelten sich die Kehlen heiser.

Ein Gemisch von Pfui-Rufen und Beifall empfing Präsident Truman, als er im Griffith-Stadion in Washington die diesjährige Baseball-Saison eröffnete. Die Kundgebungen verstummten jedoch, als eine Militärkapelle „Hail to the chief" (Heil dem Chef) spielte.

Ein Sprecher des Obersten Hauptquartiers der US-Streitkräfte erklärte, die Entlassung

Kein Aufenthalt in polnischen Häfen ist den Schiffen der amerikanischen „Scantic Lines" gestattet. Es handelt sich dabei um eine Repressalie gegenüber der Stadt New York, die dem polnischen Motorschiff „Batory" kein Pier zum Anlegen zur Verfügung gestellt hatte.

Eine Ausbildung auf Schulschiffen plant die schleswig-holsteinische Landesregierung im Einvernehmen mit den Reedern, für den Nachwuchs der deutschen Handelsflotte.

Neue Erdölfelder in Mexiko. Der mexikanische Senator Bernudez, der gleichzeitig Generaldirektor der der mexikanischen Regierung gehörenden Erdölgesellschaft ist, gab bekannt, es sei ein sehr ergiebiges Ölfeld in der Nähe der Stadt Chilapa im Staate Tabasco erschlossen worden.

Malayische Piraten enterten und verbrannten in der Straße von Malakka 2 malayische Dschunken.

Weitere 4100 Volksdeutsche aus den polnisch verwalteten, ehemals deutschen Gebieten trafen im März im Grenzdurchgangslager Friedland ein. Der größte Teil davon stammt aus dem Warthegau und Schlesien.

Helgolandkuratorium vollzählig. Sämtliche Regierungschefs der deutschen Bundesländer haben sich jetzt bereit erklärt, dem Helgolandkuratorium beizutreten. Das Kuratorium wird in nächster Zeit mit einem Aufruf zu einer Helgoland-Nationalspende an die Öffentlichkeit treten.

Schiffszusammenstoß im Nebel

32 Tote im Golf von Mexiko?

New Orleans (UP). Zwei Tanker der „Standard Oil Company" stießen in dichtem Nebel im Golf von Mexiko zusammen. Es wird befürchtet, daß dabei 32 Mann ihr Leben verloren.

Eines der beiden Schiffe, die „Esso Greensboro", geriet nach dem Zusammenstoß in Brand. 4 Überlebende dieses Schiffes, das 35 Mann Besatzung hatte, wurden gerettet. Von den anderen ist nichts bekannt. Auf dem zweiten Schiff, der „Esso Suez", wurde ein Seemann getötet. Mehrere Matrosen erlitten schwere Verletzungen. Ein dritter Tanker, die „Esso New York", bemüht sich, die noch vermißten Seeleute zu bergen. Die Rettungsarbeiten sind jedoch sehr schwierig, da der brennende Tanker nicht betreten werden kann.

21 Monate für Bleibtreu

Ob er Göring das Gift gegeben hat?

Nürnberg (UP). Das US-Distriktgericht in Nürnberg verurteilte den angeblichen „Giftlieferanten" Görings, Peter Martin Bleibtreu, zu einer Gefängnisstrafe von 21 Monaten, von denen 6 durch die Untersuchungshaft verbüßt sind.

In drei Anklagepunkten — Besitz geheimer Besatzungsdokumente, feindseliges Verhalten gegen die Besatzungsmacht und Diebstahl von Schmuckstücken — wurde er für schuldig befunden. Seine Behauptungen, Göring Gift zugesteckt zu haben, wurden vom Gericht als „nicht glaubwürdig" bezeichnet. Seine Veröffentlichungen in der Presse in dieser Angelegenheit müßten als „feindseliger Akt" gewertet werden.

Der Verteidiger Bleibtreus will gegen das Urteil Berufung einlegen.

Wirtschafts-Nachrichten

Großes Auslandsinteresse in Frankfurt

Vor allem für mittlere und kleine Wagen

Mehrere 1000 Besucher aus fast allen westeuropäischen Ländern sowie aus Ägypten, Indien, Indonesien, der Südafrikanischen Union und den südamerikanischen Staaten befanden sich unter den mehr als 50 000 Personen, welche die Internationale Automobil-Ausstellung in Frankfurt bis jetzt besuchten. Bei den Personenwagen standen Wagen der kleinen und mittleren Klasse im Vordergrund der Nachfrage. Vier Automobilwerke konnten allein im Laufe der ersten beiden Tage bereits mehr als je 1000 Wagen verkaufen. Ausländische Einkäufer aus Indien und Ägypten erteilten größere Exportaufträge für Kleinwagen. Die Schweiz gab Wagen der mittleren Klasse in Auftrag. Die deutschen Neukonstruktionen können auf Grund der bisher erteilten Aufträge in die Serienfertigung gehen. Auch für deutsche Omnibusse und Lastwagen zeigte das Ausland Interesse. Käufer aus Brasilien, Holland, Finnland, Schweden, den Beneluxländern und den südamerikanischen Staaten vergaben Exportaufträge.

„Europa-Zug" in München eingeweiht

Auf dem Hauptbahnhof München wurde der „Europa-Zug" durch Vertreter der Organisation für europäische Zusammenarbeit, Vizekanzler Blücher und Vertreter der bayerischen Staatsregierung, eingeweiht. Unter anderem sprachen der bayerische Wirtschaftsminister Dr. Seidel, der politische Berater der US-Verwaltung für Europahilfe, Riddleberger und der holländische Außenminister Stikker. Der „Europa-Zug" birgt in 7 Wagen eine Marshall-Plan-Ausstellung, die den Gedanken des Vereinten Europas deutlich macht. Die rollende Schau wird drei Tage in München bleiben und dann ihre 60tägige Fahrt zu 16 Städten Westdeutschlands und durch die europäischen Länder antreten. Die Wagen des Zuges wurden im Auftrage der ECA von den MAN-Werken gebaut.

Photo- und Kinoausstellung in Köln

In Anwesenheit von Bundeswirtschaftsminister Erhard und anderen Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens wurde in Köln die „Internationale Photo- und Kinoausstellung 1951" eröffnet. Auf der „Photokina", die bis zum 29. April dauert, stellen 340 Industriefirmen, darunter 71 ausländische, die neuesten Erzeugnisse der Photo- und Kinoindustrie aus. Die USA, Frankreich, Italien, England, Belgien, Holland, die Schweiz, Österreich und Spanien sind vertreten. Neben 11 europäischen Staaten beteiligen sich auch Japan, Kanada und die USA an einer gleichzeitig veranstalteten internationalen Bilderschau, auf der die besten technischen Photos und die sensationellsten Pressebilder gezeigt werden.

Absatzschwierigkeiten bei Margarine

Die westdeutsche Margarineindustrie klagt in letzter Zeit über Absatzschwierigkeiten, obwohl bereits zu Beginn dieses Monats freiwillig die Produktion um etwa 30 Prozent eingeschränkt wurde. Als Ursache wird angegeben, der Handel habe in den letzten Monaten sich übermäßig eingedeckt, so daß er nunmehr zunächst seine Bestände verkaufen wolle.

Deutsch-ägyptischer Handelsvertrag

Dr. Hans Strack vom Bundeswirtschaftsministerium ist in Kairo eingetroffen, um den deutsch-ägyptischen Handelsvertrag zu unterzeichnen. Das Abkommen war im September letzten Jahres in Frankfurt vereinbart worden. Es sieht einen Gesamtgüteraustausch zwischen beiden Staaten im Werte von 37 Millionen Dollar vor.

Deutsche Firmen bauen Nil-Brücke

Nach Prüfung von 14 Angeboten für den Neubau der Straßenbrücke Schag-Akhmim hat die ägyptische Regierung der Düsseldorfer Stahl-Brückenbau-Firma J. Gollnow & Sohn in Verbindung mit der Firma Julius Berger, Wiesbaden, und einer ägyptischen Firma den Auftrag erteilt. Die Brücke soll mit einer Gesamtlänge von 650 Metern den Nil überspannen. Eine Durchfahrtsöffnung für die Schifffahrt ist als Drehbrücke von zweimal dreißig Meter Spannweite eingerichtet. Die Kosten des Brückenbaus werden mit 875 000 ägyptischen Pfund (9 587 000 DM) angegeben.

Vollsagung der Arbeitsgemeinschaft der IHK

Die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Württemberg-Badens hielt im Kreis Göppingen ihre 50. Vollsagung ab. Die Vertreter der Kammern billigten einstimmig das vom Gemeinschaftsausschuß der deutschen Wirtschaft aufgestellte Sieben-Punkte-Programm, mit dem die gewerbliche Wirtschaft durch Streckung der Investitionen den Engpässen in der Grundstoffindustrie aus eigener Kraft steuern will. Es wurde für dringend erforderlich gehalten, daß die Wirtschaft durch eigene Initiative die Investitionsschwierigkeiten zu überwinden suche. Es wurde ferner die Ansicht vertreten, daß der Warenkreis, der von der geplanten Sonderumsatzsteuer betroffen würde, verhältnismäßig eng gezogen werden müßte, wenn ein gefährlicher Rückgang des Absatzes und damit auch der Produktion vermieden werden solle. Finanzminister a. D. Dr. Kaufmann behandelte Finanz- und Steuerfragen des Landes und des Bundes. Die Vertreter der Kammern stimmten der von Dr. Frank begründeten Stellungnahme der Landesregierung zum Finanzausgleich einmütig zu.

15 000 Pferde auf dem Mannheimer Mai-Markt

Zu den Tierschauen und Prämiierungen des ersten Mannheimer Mai-Marktes seit Kriegsende vom 29. April bis 14. Mai werden rund 5 000 Pferde aus dem gesamten Bundesgebiet gebracht werden. In sechs Ausstellungshallen werden während des Mai-Marktes Erzeugnisse des Handwerks und Gewerbes sowie Metzgereiartikel, Kühlanlagen und Haus- und Küchengeräte gezeigt werden. Auf dem etwa 60 000 qm großen Gelände werden insgesamt etwa 350 Firmen ausstellen. Am 1. Mai wird der Mannheimer Reiterverein anläßlich seines 25jährigen Jubiläums ein Reitturnier veranstalten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Umschau in Karlsruhe

Keine Zentrumspartei in Nordbaden

Karlsruhe (lds). In Nordbaden sind bisher keine Bestrebungen zur Gründung einer Zentrumspartei bekannt geworden. Wie der Generalsekretär der nordbadischen CDU, Dullenkopf, einem dpa-Vertreter mitteilte, ist sich die CDU Nordbadens darüber einig, zusammenzubleiben. Jeden Spaltungsversuch werde die CDU bekämpfen. Dullenkopf nahm damit auch zu Meldungen Stellung, die von einer bevorstehenden Gründung einer neuen Badenpartei sprachen. Von den Absichten des ehemaligen badischen Zentrumsführers, Prälat Dr. Föhr, in Baden die Zentrumspartei zu gründen, war Dullenkopf nicht informiert.

Endlich ein Kulturausschuß

Karlsruhe. Der Stadtrat genehmigte die seit langem geforderte Bildung des Kulturausschusses. Als Repräsentanten der kulturellen Institute wurden Reg.-Rat Engler (Bad. Kunstverein), Prof. Haupt (Akad. der bildenden Künste), Dr. Rösiger (für die Architekten), die Herren Rentschler, Feuerstein, Dr. Martin (Staatl. Kunsthalle), Dir. Rumpf (Bad. Hochschule für Musik), Staatsintendant Wolff und Generalmusikdirektor Matzerath (Bad. Staatstheater bzw. Orchester), Michels, Dr. Klein (Studio Karlsruhe), Dr. Volz (Presse) und Dr. Gillen bestimmt. Die Stadtratsmitglieder des Kulturausschusses werden noch benannt.

Karlsruhe. Die Zahl der Diebstähle und Unterschlagungen hat in Karlsruhe im März um 25 Prozent zugenommen. Im Berichtsmonat wurden 135 Fahrräder und 11 Kraftfahrzeuge entwendet. Bei 172 Verkehrsunfällen wurden im März vier Personen getötet und zahlreiche andere verletzt. (lw

Aus der badischen Heimat

Mit Baukostenzuschüssen Schulden bezahlt

Mannheim (lwb). Die Große Strafkammer des Landgerichts Mannheim verurteilte einen 28jährigen Bauunternehmer aus Mannheim wegen Betrugs zu 16 Monaten Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 300 DM Ferner wurde ein vierjähriges Berufsverbot angeordnet. Der Angeklagte hatte in über 20 Fällen Baukostenzuschüsse — insgesamt nahezu 30 000 DM — mit dem Versprechen angenommen, dafür Wohnungen zu bauen. Diese Gelder hatte er jedoch nicht zum Bau von Häusern, sondern für seine eigenen Zwecke und für die Bezahlung seiner Schulden verwendet. Er hatte außerdem falsche eidesstattliche Versicherungen abgegeben.

Mädchen überfallen und vergewaltigt

Viernheim (lwb). Eine 16jährige Schülerin ist dieser Tage auf der Straße zwischen Viernheim und Hüttenfeld von zwei jungen Männern im Alter von etwa 20 und 23 Jahren überfallen und mit einer Pistole bedroht worden. Nachdem das Mädchen erfolglos nach Wertsachen durchsucht worden war, wurde es von den beiden Männern vergewaltigt. Die Täter konnten unerkannt entkommen.

Geträumte Zahlen brachten Totovolltreffer

Weißenburg (lwb). Der 49jährige Flüchtling und Bienenzüchter Langer aus Leitmeritz (CSR), der jetzt im Flüchtlingslager Wülzburg bei Weißenburg wohnt, hat nun die amtliche Bestätigung erhalten, daß er am vergangenen Sonntag 118 884 DM im West-Süd-Toto gewonnen hat. Langer, der früher in einer Totogemeinschaft tippte, gab diesmal allein seinen Zettel ab und gewann im ersten Rang des Zwölfertips und im Zehnertip. Der Gewinner erzählt, daß er vor kurzem schon einmal einen Zwölfer getippt hatte, jedoch vergaß, den Totozettel abzusenden. Die richtigen Zahlen für den jetzigen Gewinn will Langer geträumt und in der Nacht noch niedergeschrieben haben. Seine Ehefrau und die zwölfjährige Tochter sind mit unbekanntem Aufenthalt verreist, um sich vor Belästigungen zu schützen.

Einspruch gegen neue Gemeindeordnung

Sinsheim (lwb). Auf einer Dienstversammlung aller Bürgermeister, Ratsschreiber und Gemeinderechner des Kreises Sinsheim sprach sich der Bürgermeister von Bad Rappenau, Hagner, gegen die geplante neue Gemeindeordnung aus. Hagner wandte sich besonders gegen die Vorschrift, daß in einer Volksabstimmung ein Jahr nach der Wahl eines Bürgermeisters dessen Absetzung verlangt werden kann. Landrat Dr. Hermann erklärte, diese Vorschrift untergrabe jegliches Verantwortungsbewußtsein, weil sie den Bürgermeister von den verschiedenen Interessengruppen abhängig mache.

Nächtlicher Raubüberfall durch Jugendliche

Haltingen (Kreis Lörrach) (lds). In der Nähe des Ausländer-Friedhofes Haltingen wurde ein Eisenbahner auf dem Heimweg von zwei jungen Burschen mit einem Knüppel niedergeschlagen. Als er nach zwei Stunden wieder zur Besinnung kam, stellte er den Verlust seiner Geldbörse fest. Der sofort alarmierten Gendarmerie gelang es noch in der gleichen Nacht, die beiden jugendlichen Wegelagerer im Autobahnhof „Dreiländereck" festzunehmen, wo sie das erbeutete Geld in Alkohol umsetzten. Sie trugen sogar noch die Geldbörse des Überfallenen bei sich.

Ausländische Winzer in Mittelbaden

Bühl/Baden (ld). Nachdem erst kürzlich eine Delegation von Winzern aus Burgund die Winzergenossenschaften im Kreis Bühl besucht hatte, weilte jetzt eine Abordnung des Rebzuchtbetriebes Azienda Agricola aus Aquileia bei Udine (Italien) in Neuweier und Kappelrodeck. Die Kappelrodecker Winzer haben erst kürzlich im Zuge der Umstellung ihres Rebbaues Rebunterlagen aus Italien bezogen. Nach übereinstimmendem Urteil der französischen und italienischen Winzer sind die mittelbadischen Qualitätsweine denen ausländischer Herkunft ebenbürtig.

Wertheim. Die Omnibusdezernenten und Sachbearbeiter der Bundesbahn trafen sich in Wertheim zu einer Tagung über interne organisatorische Fragen. An der Tagung nahmen unter anderem Vertreter der Eisenbanndirektionen Karlsruhe und Stuttgart teil. (lwb)

Verringerter Frauenüberschuß

Vorläufige Ergebnisse der Volkszählung

Freiburg (lds). Nach einer „repräsentativen Vor-Auswertung" der Volkszählung vom vergangenen Jahr durch das Statistische Landesamt, stieg die Zahl der Haushaltungen in Südbaden gegenüber 1946 von 318 698 auf 403 000. Die Haushaltsgröße verringerte sich von 3,7 auf 3,2 Personen. Auffallend ist die Zunahme der Einzelhaushaltungen um rund 46 000.

Der Anteil der männlichen Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren ist um 13 Prozent gestiegen, was mit der Rückkehr der Kriegsgefangenen und der Umsiedlung erklärt wird. Durch die Zunahme der männlichen Bevölkerung hat sich der Frauenüberschuß etwas ermäßigt. Auf 1000 Männer kommen jetzt noch 1165 Frauen gegenüber 1287 im Jahre 1946.

Zunahme der Schaffenden

Die Gesamtzahl der Erwerbspersonen ist um 150 000 auf etwa 687 000 gestiegen, wobei der Anteil der Männer mit 29 Prozent gegen 23 Prozent der Frauen hervorzuheben ist. Demgegenüber ging die Zahl der selbständigen Berufslosen um 8 Prozent auf 126 000 zurück, während sich bei einer allgemeinen Zunahme der Bevölkerung um 12,1 Prozent die Zahl der Angehörigen ohne Hauptberuf nur um 6,7 Prozent erhöht hat Die Statistik ergibt somit, daß genau 50 Prozent der Bevölkerung erwerbstätig ist gegenüber 46,8 Prozent im Jahre 1946. Der prozentuale Anteil der Selbständigen an der Gesamtbevölkerung ist erheblich zurückgegangen. Dagegen haben die Arbeiter um 56 Prozent zugenommen und stellen mit 44,8 Prozent den größten Anteil der Erwerbspersonen.

Landarbeit wenig gefragt

Während alle Wirtschaftsabteilungen sowohl anteilmäßig als auch absolut gegen 1946 Zugänge zu verzeichnen haben, und zwar Industrie und Handwerk allein um 90 000 Personen, weisen Landwirtschaft, Tierzucht und Forstwirtschaft einen Rückgang um 20 000 Personen auf.

Mehr Rücksicht auf Bundesgewalt

François-Poncet über das Verhältnis der Länder zum Bund - Kritik an Dr. Adenauer

Stuttgart (UP/lwb). Der französische Hohe Kommissar François-Poncet wandte sich in einer Pressekonferenz in Stuttgart scharf gegen die Kritik der SPD am Schuman-Plan und erklärte, diese Kritik sei ungerecht, von Leidenschaft getrübt und unbegründet.

Er sei hierbei in jeder Hinsicht anderer Meinung als Dr. Schumacher. Es sei keine Rede davon, daß Deutschland durch den Plan 50 Jahre gebunden werde. François-Poncet betonte, er könne nur bedauern, daß der Leiter der SPD eine negative Einstellung eingenommen habe. Es bleibe nur zu hoffen, daß die Praxis die Bedenken Dr. Schumachers zerstreuen würde. Der Hohe Kommissar bejahte die Frage, daß der Schuman-Plan die Aufstellung einer Europa-Armee — unter Einschluß deutscher Soldaten — beschleunigen könne. Der Schuman-Plan fördere sicher den Pleven-Plan. Er, François-Poncet, glaube, daß die Verhandlungen über den Pleven-Plan bald zu einem befriedigenden Abschluß gelangen würden. François-Poncet erklärte weiter, es sei klar, daß der Schuman-Plan und die Ruhr-Behörde nicht zu gleicher Zeit funktionieren könnten.

Länder und Bundesgewalt

Zu der Entwicklung des Föderalismus in Deutschland sagte François-Poncet, er hatte gefürchtet, daß die Bundesgewalt zu stark werden könnte. Dies sei jedoch nicht der Fall. Es sei eher eine umgekehrte Entwicklung eingetreten. Der Hohe Kommissar sagte, er habe den Eindruck, „daß auf die Bundesgewalt gelegentlich nicht genug Rücksicht genommen werde."

Mit einem, teils ironischen, teils verstehenden Lächeln nahm der hohe Gast zu der in Württemberg-Baden unvermeidlichen Frage über den Südweststaat Stellung. Er betonte, daß in der Frage der Neugliederung des südwestdeutschen Raumes das geschehen werde, was verfassungsmäßig und legal sei. Die Hohe Kommission habe sich noch nicht mit der Tatsache befaßt, daß der Bundestag von dem Artikel 118 des Grundgesetzes Gebrauch machen wolle. Persönlich habe er nie ein Hehl daraus gemacht, daß er über das Verschwinden des alten Württemberg und des alten Baden eine „recht persönliche Träne" vergießen würde.

Zur Revision franz. Urteile

François-Poncet erinnerte daran, daß man bei der Revision der Urteile gegen deutsche Kriegsgefangene in Frankreich auch auf die französische Öffentlichkeit und Meinung Rücksicht nehmen müßte. Rund 10 000 Franzosen seien während der Besatzung in Frankreich hingerichtet worden. Demgegenüber seien nur 753 Fälle von Kriegsverbrechen von Deutschen vor Gericht behandelt worden, in 212 Fällen seien Freisprüche erfolgt und weniger als 50 Todesurteile seien ausgeführt worden. Deutschland könne versichert sein, daß Frankreich in dieser Frage möglichst menschlich handeln werde, und daß die Angelegenheit bald ganz gelöst würde.

Der französische Hohe Kommissar eröffnete am Freitagvormittag in Stuttgart eine Ausstellung französischer Plakate. In einer improvisierten Rede bezeichnete der Gast die verhältnismäßig junge Plakatkunst als einen längst anerkannten Zweig der Kunst, der mit unerwarteten Farben und Formen wirke. Ihr Problem sei die Verbindung von Kunst und Werbung.

Die Stadt Stuttgart veranstaltete am Freitagnachmittag zu Ehren François-Poncets im Goldenen Saal des Hotels Marquardt ein Festkonzert. Das Stuttgarter Kammerorchester spielte unter der Leitung seines Dirigenten, Karl Münchinger, Werke französischer und deutscher Komponisten. Oberbürgermeister Dr. Arnulf Klett hieß den Gast willkommen.

Aufruf der Gewerkschaften zum 1. Mai

Stuttgart (lwb). Der Landesbezirk Württemberg-Baden des deutschen Gewerkschaftsbundes hat seine Mitglieder in einem Aufruf aufgefordert, sich an den Kundgebungen und Veranstaltungen vollzählig zu beteiligen. „Gerade wir in unserem Landesbezirk wissen die Bedeutung der Gesetzgebung auf dem Gebiet der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts und damit auch der sozialen Sicherheit richtig zu schätzen", heißt es in dem Aufruf wörtlich. Abschließend wird festgestellt, daß der 1. Mai, wenn er auch heute gesetzlicher Feiertag sei, für die arbeitende Bevölkerung doch ein Kampftag sei und bleibe.

Landeskriminalamt Württemberg-Baden

Stuttgart (lwb). Das Innenministerium in Stuttgart plant die Einrichtung eines Landeskriminalamtes für ganz Württemberg-Baden, das die Aufklärung und die Verfolgung von Verbrechen sowie die Fahndung nach verdächtigen Personen und deren Registrierung einheitlich für das ganze Land leiten soll. Das Landeskriminalamt soll gewisse exekutive Vollmachten zur Aufklärung kapitaler Verbrechen erhalten. Das bestehende Landesamt für Kriminalerkennungsdienst soll in dem geplanten neuen Amt aufgehen. Die einzelnen Gemeindepolizeien in den größeren Städten sowie die Landespolizeidirektion in Stuttgart und Karlsruhe sollen nach der Einrichtung des Landeskriminalamtes keine eigenen Erkennungsdienste mehr führen.

Notizen in Kürze mit Würze

Traueranzeige wegen „politischen Mords"

In der „Chicago Tribune" wurde eine schwarz umrandete Anzeige der W. R. Gardner Company veröffentlicht, die folgenden Wortlaut hatte: „In Würdigung des Andenkens an General Douglas MacArthur, der von der demokratischen Regierung politisch ermordet wurde, wird unser Betrieb den ganzen Freitag über geschlossen bleiben".

Elektrischer Stuhl für Hunde

Rund 20 000 unversteuerte Hunde sind schätzungsweise während der letzten Monate in Niedersachsen eingefangen worden. Um die herrenlosen Hunde schnell und schmerzlos töten zu können, haben sich mehrere Städte einen elektrischen Stuhl angeschafft.

Nie gesehene Worte

Die taubstumme Frau Doris Byars wurde von ihrem ebenfalls taubstummen Mann geschieden, weil er Worte benutzte, die Frau Byars „niemals zuvor gesehen hatte".

Lüneburger Hexen

Ein Lüneburger Gericht brummte einem Bauern aus Barum wegen Körperverletzung eine Geldstrafe von 50 DM auf, weil er im Oktober vorigen Jahres einen 15jährigen Jungen verprügelt hatte, von dem er annahm, daß er sein „Vieh verhext" habe.

Leidenschaft

ROMAN VON MARIA FUCHS

Copyright bei Münchner Romanverlag, München-Pasing

9. Fortsetzung

„Hm", sagt er großsprecherisch, „glaubt ihr leicht gar, ich fürcht mich davor? Schöne Weiber muß man zahm machen, dann frißt jede aus der Hand. Nur verstehen muß man's!"

„Heut redest wieder einmal groß, Paul! Meinen möcht man wirklich, du hast das Regiment!"

„Hab ich auch!" Ihr Lachen ärgert ihn maßlos. Er sieht sich von einem Dutzend Augenpaaren durchschaut. „Passen wir etwa nicht zusammen, die Marianne und ich? Wüßt nicht, was es da zum Spötteln gibt."

„Ach wo, Stadler, wirst doch die Wahrheit vertragen! Und mit dem Zusammenpassen hast recht. Habt beide ein federleichtes Gemüt."

Den Stadler lupft es. Es ist nicht das erstemal, daß solche Worte fallen. Zugleich ist eine klägliche Feigheit in ihm, sie zu widerlegen. Man war also doch nicht blind, damals schon? Oder? — Eine eifersüchtige Sorge gräbt sich ein, Zweifel erwachen, Fragen bekommen Antwort. Liebe glutet. Marianne hat es an sich, zu kosen und zu tändeln, zu buhlen und zu scherzen. Sein Vertrauen hat oft einen schwachen Grund, das muß er sich widerwillig gestehen. Es stört ihn, daß die Blicke der Männer dreist unverhüllt an ihr kleben und sie das plumpe Spiel mit ihrer Schönheit freut. Sie wehrt ihm mit keinem fraulichen Stolz und keinem versagenden Wort. Was ist seine Ehe? Ein Auf und Nieder, ein Warten und Gehen, ein Brennen und Hassen und dann wieder ein verzehrendes Sich-Halten in einer Stunde gegenseitigen Sich-Findens.

„Paul, laß dir die Laune nicht verderben! Sie sind dir nur neidig um dein schönes Ehegespons", lacht einer. „Trink! Schwemm dir den Aerger hinunter! Wer wird denn wegen Weiberleut etwas tragisch nehmen!"

Recht hat er! Es ist der ärgste Unsinn, das Leben wie einen unverrückbaren Felsen anzuschauen. Der beste Sorgenbrecher ist der Wein. Man trinkt, trinkt ... Die Gegenwart wird verworrener, man dämmert schön langsam in die Nacht des Vergessens. In der Frühe weiß man oft nicht mehr, daß der Tag voll Aerger und die Nacht voll gesuchten Humors war. Und wenn man einmal im Geschäft was versäumt, es geht doch alles seinen gewohnten Gang. Daheim hat man ein tüchtiges Mädel, die Agnes, die schaut schon nach dem Rechten.

„Fanni, noch einen Doppelliter!" ruft er dem Mädel zu, das sich an einem Tisch drunten hingesetzt hat und über der Näharbeit eingeschlafen ist.

„Na, für heut ist's genug. Getrunken wird nimmer!"

„Seit wann spielst du dich denn zur Wirtin auf, du junge Grasmucken?" Aus dem weingeröteten Gesicht blicken seine Augen wie dunkle Punkte. Wie anders ist heute sein Gesicht als damals beim Schützenball! Der Blick war hart, die Augen klar, die Züge scharf. Und heute? Um die zweite Morgenstunde geht der Stadler heimwärts. Agnes hört die schleifenden Schritte am Gang, das torkelnde Geträller eines verlebten Schlagers. Heute ist Marianne nicht daheim. Sie wurde von einer ihrer Freundinnen am Abend abgeholt. Die Tür zum Schlafzimmer ist also nicht versperrt. Gott sei Dank! Das fürchtet Agnes am meisten. Sie hört ihn oft vor der Türe reden, erst heiß, bittend, werbend, gut, dann gesteigert hart, brutal. Hört das Hämmern an die weiße Holzwand. Mit nackten Füßen schleicht sie in solchen Minuten den Gang hinaus und bettet den Vater in ihr eigenes Bett. Sie fürchtet so sehr die Stille der Nacht und sein lautes Poltern. Am andern Morgen hat sie meist ein erkauftes Lächeln um die blassen Lippen, das keiner enträtseln kann.

Ein Licht flammt auf. Mit klopfendem Herzen starrt Agnes den Vater an, der im Türrahmen steht. „Wo ist Marianne?"

„Du weißt doch, man hat sie abgeholt, Vater!"

„Jetzt ist es halb drei!"

Sie weiß dem Vater keine Antwort darauf. Vor dem Schlafengehen tat sie einen Blick in das Zimmer ihrer Eltern. Ein ekliges Bild! Unordentlich alles durcheinander geworfen, Schminke und Puderdose, Lockenringler und Parfüm, Schuhe, Kleider, Hüte waren über das Bett hingestreut. Sie war sich wieder einmal nicht schön genug für ein nächtliches Abenteuer.

Der Stadler blickt wie ein Irrer um sich, daß es Agnes unter diesem Blick schüttelt. „Sie ist noch nicht da!" sagt er unheimlich nüchtern. Trotzdem seine Lippen weinatmig dunsten, überwindet Agnes den aufsteigenden Ekel und bettelt: „Vater, heut sind wir allein: darf ich dir etwas sagen?"

„Tu lieber schlafen, Kleines!" Dabei steht er noch immer unbeweglich und stiert einem Gedanken nach.

„Nein, Vater, ich bin gar nicht müde. Wirst sehen, morgen bin ich die erste im Geschäft. Nur hör mich ein bißchen an. Ich muß mit dir reden."

„Na, also, schieß los. Was gibt es, Hasele?" Dabei fühlt sie deutlich, wie ferne sie ihm ist, denn all seine Gedanken sind dort, wo für ihn das Brot des Lebens liegt. An anderen Tischen hungert ihn, trotz ehrlicher Liebe.

„Vater", errafft sich Agnes den Mut, „mit dem Geschäft geht es rapid abwärts. Die Bestellungen sind geringer, der letzte Ausfall war groß, die Leute ..."

„Vorjammern kannst mir am Tag auch", unterbricht er sie derb. „Ich hab jetzt andere Sorgen. Im übrigen kümmere dich nicht um solche Sachen, das leid ich nicht!"

„Ja, aber schau, Vater, ich schaffe es nimmer. Im Büro soll ich sein, das Kind hab ich. Ich kann es mit dem besten Willen nicht mehr machen."

Einen Augenblick lang erkennt er, was Agnes ist, aber es ist nur ein Augenblick.

„Ach, ein Teufelsleben ist das! Zuerst verpfuschte Jahre, heut nicht viel anders! Um alles kümmert sich Marianne eher als um meine Interessen. Das ist ein Hundeleben!"

Agnes wüßte trotz ihrer Jugend einen reiferen Ausbruch, aber sie schweigt. Man lernte es die vielen Tage her. „Vater, ich hilf dir ja, du siehst es. Aber allein geht es nicht. Zeig mir das Nötige, schenk mir noch Einblick in allem, dann wird es besser gehen."

Das sind die Stunden, die Helene Stadler vorausgesehen hat. Deshalb hat sie ihr Kind als Wächterin auf den nachtschwarzen Weg gestellt, damit sie der Stern sei, der dem Vater leuchte.

Seine Hand zittert über ihren bloßen Arm hin. „Agnes, wenn ich dich nicht hätte!"

(Fortsetzung folgt)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Blitzlichter AUS ALLER WELT

Prinzessin Elizabeth von England
die zur Zeit in Italien weilt, feiert am 21. April ihren 25. Geburtstag

Das Frankfurter Goethe-Haus
wurde rekonstruiert und mit dem Original-Mobiliar wieder eingerichtet

Der britische Krönungsstein
der so lange vermißt war, wurde in einer Abtei in Schottland gefunden

Ernest Bevin
der frühere britische Außenminister, starb im Alter von 70 Jahren

Der Staubsauger ohne Motor
wird wie eine Kleiderbürste benützt und mit einem Handgriff entleert

Die neue Saarregierung stellt sich vor
V. l. n. r.: Arbeitsdirektor Welsch, Wirtschaftsminister Buhland, Justiz- und Kultminister Müller, Ministerpräsident Hoffmann, Innenminister Hector, Finanzminister Beuter und Ministerialdirektor im Kultministerium Meyer

Ihm paßte keine Uniform
Soldat Owings, Philadelphia, ist 2 m groß, wiegt 130 kg und exerziert correct in Zivil

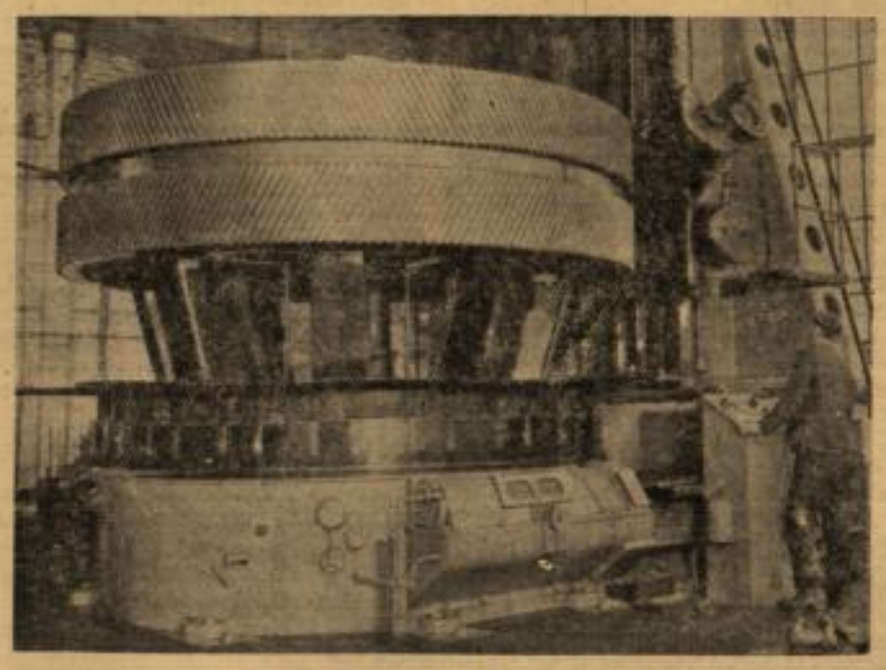
Auf dem höchsten Gebäude der Welt
dem 380 m hohen Empire-State-Building in New York wurde ein Fernseh-Sendemast von 65 m Höhe errichtet. Die Kosten dieses Sendemastes betragen 1 000 000 Dollar

Eine Konferenz des Roten Kreuzes
fand in Hannover statt. Rechts: Der Präsident des DRK, Reichsminister a. D. Geßler

Der „kleine Kerstin" mit 125 ccm
wird in Waging (Obb.) hergestellt, kostet etwa 2200 DM und schafft 55 km/Std.

Marschall Philippe Pétain
erkrankte wenige Tage vor seinem 95. Geburtstage schwer. Er verbüßt auf der Insel Yeu vor der Westküste Frankreichs seine lebenslängliche Festungshaft

Oh, sind die klein ...!
Die Amerikaner nennen diese Zwerghundrasse Chinuahua. Ein Exemplar wiegt 570 gr.



Ein Beispiel deutscher Qualitätsarbeit
ist das Riesenzahnrad auf der Fräsmaschine in der Halle für Großmaschinenbau der DEMAG in Duisburg, die viel exportiert

Schuhe aus Plexiglas
sind allerneueste Mode. Die Produktion soll in Berlin anlaufen

Bilder: dpa

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg